

Respekt und Zumutung

Religion, Homosexualität und das Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft

Auch in der offenen und pluralen deutschen Gesellschaft ist das Verhältnis von Religion und Homosexualität schwierig. Viele religiöse Gruppierungen lehnen Homosexualität unter Berufung auf heilige Texte und religiöse Traditionen als Sünde strikt ab. Das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen und nicht selten gegensätzlichen Lebensentwürfen wird von beiden Seiten oft als Zumutung empfunden. Wo eigentlich Respekt gefordert wäre, herrschen Vorurteile und Ablehnung.



Beim Thema Homosexualität lässt sich eine Ungleichzeitigkeit von Entwicklungen feststellen. Einerseits suggerieren Fernsehen, Kultur und Politik ein Bild von Liberalität und Offenheit. Andererseits gehören soziale Ausgrenzung, Mobbing in der Schule, Diskriminierung am Arbeitsplatz oder gar gewaltsame Übergriffe auf der Straße zum Alltag vieler Schwuler und Lesben. Homosexuellenfeindlichkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und findet in einigen Gruppen verstärkt Zuspruch. Der Rekurs auf religiöse Normen und Werte ist hierbei oft ein maßgeblicher Faktor.

In zahlreichen Kontexten treffen Menschen mit verschiedenen Interessen, Ansichten, aber auch mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten aufeinander. Dies wirft Fragen auf: Wie viel Respekt kann und darf man erwarten? Was ist wechselseitig zumutbar? Und welche Rolle kommt Religion als Begründungsfaktor für Diskriminierung und Intoleranz zu?

REFERENTEN



Dr. h. c. Volker Faigle (geb. 1948), evangelischer Theologe, Pfarrer in München und Kempten im Allgäu, Auslandsdienst in Kenia. Von 1990 bis 2003 Leiter des Afrikareferates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover. Seit 2003 Oberkirchenrat beim Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU mit Dienstsitz in Berlin.



Aiman A. Mazyek (geb. 1969) studierte in Aachen Philosophie, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft sowie Arabistik in Kairo. Seit 1994 ist er Mitglied des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD). Seit dem Frühjahr 2006 ist er Generalsekretär des ZMD. Mazyek ist Mitglied im Koordinationsrat der Muslime (KRM) sowie der staatlichen Deutschen Islamkonferenz (DIK).



Bodo Mende ist Soziologe und Jurist und arbeitet als Verwaltungsbeamter in der Senatskanzlei des Landes Berlin. Seit 1990 Nebentätigkeit als Dozent für Staats- und Verfassungsrecht an der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Recht. Seit 1990 im Vorstand des heutigen Lesben-Schwulenverbandes (LSVD) Berlin-Brandenburg.



Tom Schreiber (geb. 1978) ist seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort Vorsitzender des Verfassungsausschusses sowie Mitglied in den Ausschüssen für Inneres und für Wissenschaft. Von 2001 bis 2006 war er Bezirksverordneter der SPD-Fraktion im Bezirk Treptow-Köpenick. Tom Schreiber studiert Erziehungswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Potsdam.



Prof. Dr. Bernd Simon (geb. 1960) ist Professor für Sozialpsychologie und Evaluation sowie für Politische Psychologie an der Universität Kiel. Er studierte in Münster und Kent Psychologie, Soziologie und Philosophie. Es folgten Promotion und Habilitation in Münster sowie längere Forschungsaufenthalte in den USA. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist die Identitäts- und Gruppenforschung.

Diese Publikation wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung.

Dezember 2009

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-7145

Fax: 030 26935-9245

Text: Tobias Mörschel

Fotos: Peter Himself

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: braunschweig-druck GmbH

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality Management): Committed to Excellence.



Bernd Simon

Respekt für Religiosität und Homosexualität oder Zumutungen der pluralen Gesellschaft

1. Zur Wechselseitigkeit von Respekt und Zumutung

Das Verhältnis von Homosexualität und Religiosität ist problematisch, zumindest aus der Perspektive der einflussreichsten monotheistischen Religionen (Christentum, Islam, Judentum). Ins Zentrum des deutschen Medieninteresses gerückt ist in jüngster Zeit insbesondere das problematische Verhältnis von Homosexualität und muslimischer Religiosität, das sich unter anderem in konfrontativen Auseinandersetzungen zwischen Schwulen und Lesben einerseits und Angehörigen der muslimischen Migranten-Community andererseits manifestiert. Diese Auseinandersetzungen sind verstehbar vor dem Hintergrund einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft, in der die Respektansprüche der einen Seite von der anderen Seite häufig als Zumutung erlebt werden. Zentraler Bestandteil der jeweiligen Respektansprüche ist die Forderung nach Anerkennung als Gleiche(r) bzw. nach Anerkennung der Gleichwertigkeit des eigenen Lebensstils, während Personen, die diesen Lebensstil nicht teilen, diese Ansprüche sehr schnell als Zumutung im Sinne einer irritierenden Konfrontation mit dem Anderen empfinden. Solche Zumutungen sind in der modernen, offenen Gesellschaft jedoch unvermeidlich, und in dem Maße, in dem der Zumutung eine irritierende Konfrontation mit respektwürdiger Alterität zugrunde liegt, auch hinnehmbar.

Die konflikträchtige Beziehung von Schwulen/Lesben und Angehörigen der muslimischen Migranten-Community in Deutschland illustriert in exemplarischer Weise die Dynamik gegenseitiger



Respektansprüche und wechselseitig empfundener Zumutungen. Gleichzeitig kommen weitere Aspekte zum Tragen, die das Konfliktpotential zusätzlich aufladen.

2. Ein exemplarischer Konflikt in der pluralen Gesellschaft und seine Überlagerungen und Aufladungen

2.1 Der vordergründige Konflikt: Schwule und Lesben vs. muslimische Jugendliche

Im Vordergrund steht der insbesondere in deutschen Großstädten schwelende Konflikt zwischen Schwulen und Lesben auf der einen Seite und Personen mit Migrationshintergrund meist jungen Männern mit muslimischem bzw. türkischem oder arabischem Hintergrund auf der anderen Seite. Sozialpsychologisch betrachtet lassen sich hier typische Kennzeichen eines Intergruppenkonflikts beobachten. Diese reichen von wechselseitigen Stereotypisierungen und Abwertungen über gegenseitige Vorwürfe und Drohungen bis hin zu gewalttätigen Angriffen. Allerdings sind meines Wissens bisher nur solche Gewalttätigkeiten doku-

mentiert, die von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegen Schwule oder Lesben verübt wurden und nicht umgekehrt.

Zu direkten Konfrontationen scheint es vor allem in Quartieren zu kommen, die traditionell einen hohen Anteil schwul-lesbischer Wohnbevölkerung oder Besucher aufzuweisen haben und bisher als ausgesprochen schwulen- bzw. lesbenfreundlich galten. Solche Quartiere weisen jedoch häufig auch einen hohen bzw. wachsenden Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund auf. Begegnungen zwischen Angehörigen der schwul-lesbischen Community und (insbesondere der zunehmenden Zahl von heranwachsenden) Angehörigen verschiedener Migrantengruppen sind daher unvermeidlich und werden auf absehbare Zeit in ihrer Häufigkeit wohl eher zu- als abnehmen. Damit steigt auch das Konfliktpotential, insbesondere wenn wechselseitige Stereotypisierungen und Abwertungen nicht gezähmt, sondern sogar noch akzentuiert werden. Sofern beide Seiten danach streben, das jeweilige Quartier als „ihr“ Viertel zu reklamieren, wird sich der Intergruppenkonflikt lokal immer auch als Kampf um Plätze bzw. um die Platzhoheit darstellen.

Dieser vordergründige Konflikt wird überlagert, durchdrungen und zusätzlich aufgeladen durch eine Reihe weiterer Konflikte. Bei ihnen handelt es sich zum einen um die jeweiligen Anerkennungskämpfe der beiden Antagonisten des vordergrün-

digen Konflikts. Dies sind im Grunde separate Kämpfe der beiden Gruppen um gesellschaftliche Anerkennung, wobei die jeweils andere Gruppe aber instrumentell-taktisch einbezogen wird und Gefahr läuft, Opfer im Sinne eines Kollateralschadens zu werden. Zum anderen handelt es sich um übergeordnete soziokulturelle Konflikte nationalen und auch supranationalen Ausmaßes. Hier besteht die Tendenz, dass der vordergründige Konflikt einschließlich der beiden beteiligten Antagonisten (das heißt sowohl der schwul-lesbischen Community als auch der Migrantengruppen) von widerstreitenden Machteliten im Sinne eines Stellvertreterkonflikts funktionalisiert wird.

2.2 Der Anerkennungskampf der schwul-lesbischen Community

Beim Kampf einer sozialen Gruppe um ihre gesellschaftliche Anerkennung (bzw. Respekt und Inklusion) besteht häufig die Verlockung, die eigene Anerkennung in Abgrenzung zu anderen ausgegrenzten Gruppen – und damit auf deren Rücken bzw. Kosten – erreichen zu wollen. Aus sozialpsychologischer Sicht ist nicht auszuschließen, dass sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft im Zuge einer kulturellen Abgrenzung gegen den Islam tatsächlich noch weiter in Richtung einer toleranten Einstellung zur Homosexualität bewegen ließe. Allerdings ist es ebenso wahrscheinlich, dass extreme Vertreter oder Gruppen der Mehrheitsgesellschaft dann versucht sein werden, sich ihrer vermeintlichen Toleranz gegenüber Homosexuellen als Keule gegen den Islam zu bedienen (s. u.). Solchen Versuchen muss sich auch die Lesben- und Schwulenbewegung aus Eigeninteresse entgegenstemmen trotz kurzfristiger realpolitischer Verlockungen. Denn Lesben und Schwule würden sich in dieser Gesellschaft nicht lange wohlfühlen bzw. dort nicht lange unbehelligt bleiben, da der Abgrenzung nach außen meist sehr bald die „Säuberung“ im Inneren folgt.



2.3 Der Anerkennungskampf der (muslimischen) Migrantinnen-Community

Minderheiten haben ein gutes Gespür für die gesellschaftlich vorherrschende Macht- und Statushierarchie, einschließlich der Hierarchie sozialer Gruppen. Der Migrantinnen-Community werden daher die in der deutschen Mehrheitsgesellschaft weiterhin herrschenden Ressentiments gegenüber Lesben und Schwulen sowie deren immer noch unvollständige Gleichberechtigung und mangelnde gesellschaftliche Anerkennung sicherlich nicht verborgen geblieben sein. Diese Defizite und Widersprüchlichkeiten in der Mehrheitsgesellschaft suggerieren der Migrantinnen-Community die verführerische Option, die eigene Anerkennung in Abgrenzung und damit auf dem Rücken von Homosexuellen erreichen zu können. Ein Bündnis fundamentalistischer (muslimischer) Strömungen in der Migrantinnen-Community mit fundamentalistischen (christlichen) Strömungen in der Mehrheitsgesellschaft wäre eine Bedrohung nicht nur für Schwule und Lesben, wenngleich diese sicherlich zu den ersten Opfern gehören würden.

2.4 Die gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen Etablierten und Außenseitern bzw. Gewinnern und Verlierern

Ebenso wie die schwul-lesbische Community oder die Migrantinnen-Community Verlockungen erliegen können, Ressentiments entlang gesellschaftlicher Bruchlinien zugunsten ihrer eigenen Anerkennungskämpfe zu mobilisieren und zu instrumentalisieren, sind sicherlich andere gesellschaftliche Gruppen versucht, den vordergründigen Konflikt zwischen den beiden Communitys in ihrem Sinne zu funktionalisieren. So könnten etablierte (religiös, national oder ethnisch orientierte) Machteliten – analog zu ihrem ebenfalls nur wenig glaubwürdigen, neuerlichen Eintreten für die Rechte der Frau – versucht sein, ihr Herz für Schwu-



le und Lesben zu entdecken, (nur) um unter Hinweis auf die vermeintliche Homophobie der Migrantinnen deren Ausschluss zu legitimieren und zu zementieren. Schwule und Lesben würden mehr oder weniger freiwillig zum Instrument und Symbol dieses (soziokulturellen, ökonomischen und politischen) Ausschlussprozesses und damit auch zum Angriffspunkt für die Gegenwehr der Migrantinnen. Der vordergründige Konflikt zwischen der schwul-lesbischen Community und der Migrantinnen-Community wird dann zum Stellvertreterkonflikt, der auch Züge eines (ökonomischen) Klassenkampfes trägt.

2.5 Das Aufeinandertreffen von Modernität und Traditionalismus in der (post)modernen Gesellschaft

Der vordergründige Konflikt zwischen der schwul-lesbischen Community und der (muslimischen) Migrantinnen-Community exemplifiziert auch das konfliktträchtige Aufeinandertreffen von Modernität und Traditionalismus. Wenngleich die (Binnen-)Homogenität der beiden Communitys nicht überschätzt werden darf, so verkörpern sie doch unleugbar unterschiedliche und zumindest partiell konträre Lebensentwürfe bzw. -stile, die sich den gegensätzlichen Polen des Modernitäts-Traditionalismus-Spektrums annähern. Die schwul-lesbische Community steht dabei eher für eine (post)moderne (libertäre, individualistische) Orientierung, die Migrantinnen-Community eher für



eine traditionalistische (autoritäre, kollektivistische) Orientierung. Der vordergründige Konflikt zwischen der schwul-lesbischen Community und der (muslimischen) Migranten-Community trägt damit auch Züge, die exemplarisch auf die Respekt- und Integrationsherausforderungen verweisen, denen sich jede (post)moderne (offene, plurale und liberale) Gesellschaft stellen muss. Gerade eine solche Gesellschaft findet ihre Berechtigung und Identität in der konstruktiven Bewältigung dieser Herausforderungen. Zu welchen konkreten gesellschaftlichen Arrangements dies letztlich führt, darf und muss zunächst offenbleiben. Diese Arrangements, genauso wie die Wege, die auf der Suche nach ihnen beschritten werden, müssen sich aber stets in einem Rahmen bewegen, der von freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundprinzipien abgesteckt wird.

3. Thesen zum Umgang mit dem vordergründigen Konflikt und seinen Überlagerungen

- Der vordergründige Konflikt ist realistisch in dem Sinne, dass ihm zumindest teilweise auch eine reale Konkurrenz zwischen schwul-lesbischer Community und Migranten-Community um Plätze und Platzhoheit zugrunde liegt. Etablierte lokale Arrangements sowie entsprechende Dominanzstrukturen werden vermehrt in Frage gestellt. Neue Arrangements müssen zivilisiert, das heißt im Rahmen der demokratischen Zivilgesellschaft ausgehandelt werden.
- Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive sind der Anerkennungskampf der schwul-lesbischen Community und der Anerkennungskampf der (muslimischen) Migranten-Community gleichermaßen legitim.
- Sowohl aus gesamtgesellschaftlichem Interesse als auch aus Eigeninteresse dürfen weder die schwul-lesbische Community noch die Migranten-Community eine Funktionalisierung bzw. Instrumentalisierung ihrer jeweiligen Anerkennungskämpfe durch Dritte (z. B. alte Macht- bzw. Statuseliten) zulassen.
- Das Aufeinandertreffen der Anerkennungskämpfe der schwul-lesbischen Community und der Migranten-Community stellt nicht nur einen „einfachen“ Differenzkonflikt im Sinne einer Auseinandersetzung zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen dar, sondern auch einen Konflikt des „Ungleichzeitigen“ im Sinne einer Konfrontation von Modernität und Tradition(alismus). Dieses Aufeinandertreffen ist damit in besonderem Maße eine exemplarische Herausforderung für die (post)moderne Gesellschaft, die ihren Mitgliedern generell weder die Zumutung von Differenz noch die Zumutung von Ungleichzeitigkeit ersparen kann.
- Schwule und Lesben auf der einen Seite und (muslimische) Migranten auf der anderen Seite werden sich noch lange eine gegenseitige Zumutung sein. Beide Gruppen können eine exemplarische Leistung erbringen, indem sie diese Zumutungen zumindest mit wechselseitigem Respekt aushalten. Dies stellt die notwendige Grundbedingung dafür dar, dass beide Gruppen sich langfristig im Rahmen vernünftiger Verständigungsprozesse dezentrieren und einander annähern und möglicherweise sogar voneinander lernen. Exemplarisch ist diese Herausforderung an die schwul-lesbische Community und die Migranten-Community auch deshalb, weil mehr auf dem Spiel steht als nur die beiden Communitys. Der Blick über den eigenen Tellerrand hinaus auf die Gesamtgesellschaft ist geboten, denn *if we can make it here, we'll make it anywhere ...*

Podiumsdiskussion: Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft

Dr. Volker Faigle

Finden sich in der Bibel homophobe Textstellen und lassen sich Ressentiments gegenüber Homosexuellen theologisch legitimieren? Gemäß Volker Faigle berühren diese Fragen ein in diesem Zusammenhang zentrales Dilemma der Religionsgemeinschaften. Nicht nur im Koran, sondern auch in der Thora und in der Bibel, im Alten und Neuen Testament, fänden sich ausschließlich negative Äußerungen zur Homosexualität. Homosexuelle Praktiken würden durchgängig als Sünde bezeichnet. So werde z. B. in den sogenannten Lasterkatalogen des 3. Buchs Mose klar gesagt: Wenn zwei Männer zusammenliegen, dann ist das Sünde und der Todesstrafe wert. Im Neuen Testament finde sich bei Paulus im Römerbrief die eindeutige Aussage, dass Homosexualität Sünde sei. Daher rühre auch, dass Verfolgung, Verhöhnung, Ausgrenzung oder gar Tötung von Homosexuellen Teil der Kirchengeschichte sind. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) habe das in einer Stellungnahme deutlich zur Sprache gebracht und auf die Leidensgeschichte der Homosexuellen hingewiesen.

Auf der anderen Seite weist Volker Faigle in seiner Funktion als Vertreter der EKD darauf hin, dass die Heilige Schrift nicht nur hinsichtlich der Gebote zu lesen sei. Gemäß seiner Glaubensüberzeugung ist die Schrift allein so zu interpretieren, wie sie von Jesus Christus offenbart wurde. Es gehe also nicht um eine biblizistische Interpretation wie in vielen evangelikalen Kreisen, sondern um eine Interpretation vom Evangelium her, also letztlich von dem her, was Jesus Christus gesagt hat. Jesus habe sich nie zu Homosexualität geäußert, jedoch



alle Gesetze und Lasterkataloge des Alten Testaments in Frage gestellt mit seinen Forderungen „Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben“ und „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“. Dies sei ein Liebesgebot allen Menschen gegenüber. Auch sage Jesus: „Euren Vätern wurde gesagt: Befolgt diese Gesetze. Ich aber sage euch ...!“ Hier tritt gemäß Faigle eine Wendung ein, die für Christen bei der Auslegung der Heiligen Schrift, des Alten und Neuen Testaments, maßgeblich ist. Zum anderen gelte, was übrigens auch Paulus geschrieben habe: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid einer in Jesus Christus“ (Gal 3,28).

Wenn die Heilige Schrift im Gesamtkontext gelesen werde, komme man nach evangelischer Auffassung zu dem Schluss, dass Homosexualität für Christen akzeptabel sei und darin keine Sünde, sondern eine Lebensweise gesehen werden müsse. Homosexualität (ebenso wie Heterosexualität) könne zum sündigen Verhalten werden bei Anwendung von Gewalt und Ausbeutung. Im Übrigen spiele Homosexualität in der Bibel eine Nebenrolle.

Allerdings stehe auch die evangelische Kirche vor einer Zerreißprobe, da nicht alle Mitglieder in diesen Fragen gleichermaßen progressiv sind. Dies gelte insbesondere für die evangelikalen Gruppen, wobei darauf hingewiesen werden müsse, dass nicht alle Evangelikalen radikal seien. Es sei wichtig, mit ihnen im Gespräch zu bleiben, ihre Auffassung zu respektieren und im behutsamen und respektvollen Dialog sich gemeinsam auf den Weg zu machen: von einem klaren Nein zu einem Nein-Aber, zu einem Ja-Aber und schließlich zu einem klaren Ja zur Homosexualität im Lichte des Evangeliums.

In der Frage der Adoption bei Lebenspartnerschaften sei innerhalb der evangelischen Kirche noch kein Konsens erzielt worden. Die evangelische Kirche gehe nach wie vor davon aus, dass eine Zweisamkeit nicht über ein Kind begründet werden dürfe und dass die Orientierung am Kindeswohl entscheidend sei. Nach vorherrschender Meinung sei die klassische Konstellation von Vater und Mutter für das Kindeswohl maßgeblich. Deshalb stehe die EKD einer Adoption bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften negativ gegenüber. Dies sei allerdings bei der Stiefkindadoption anders, weil hier ein leiblicher Vater oder eine leibliche Mutter vorhanden sei.

Volker Faigle weist darauf hin, dass es äußerst wichtig sei, den Boden zu bereiten und in den Gemeinden Schwule, Lesben und ihre Lebenspartner zu ermuntern, sich zu outen und zu engagieren, damit auch in den Gemeinden der Dialog und die Lebenswirklichkeit normal würden. Dies sei der Kirche deshalb so wichtig, weil durch diese Begegnungen und durch den Dialog vieles selbstverständlich und insbesondere viel selbstverständlicher werde als durch Bibelverse, die man verstehen und interpretieren müsse und oft missverstehen. Ebenso wichtig sei der Dialog mit islamischen

Verbänden. Faigle regt an, beispielsweise gemeinsam über die Situation der türkischen Schwulen und der evangelischen Schwulen und Lesben zu reden bzw. darüber, wie die Religionsgemeinschaften und ihre Vertreter mit ihnen umgehen sollten und welche Probleme bestnden. Vielleicht entstnden sogar gemeinsame Aktionen zur Eindämmung von Gewalt, Diskriminierung und Verfolgung.



Aiman A. Mazyek

Der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, weist darauf hin, dass der Islam Homosexualität als Lebensweise nicht akzeptiert. Der Islam sehe die Ehe von Mann und Frau als eine natürliche Verbindung an, deren besonderer Schutz ja auch in Artikel 6 des Grundgesetzes verankert sei. Auch stehe im Grundgesetz, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, seines Glaubens, wegen seiner religiösen und politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden dürfe, was die Grundlage des Zusammenlebens darstelle. Als Moslem, Christ, Jude oder Atheist könne man zwar diese oder jene Einstellung haben und auch artikulieren. Aber wenn man eine bestimmte Lebensweise für nicht richtig halte, müsse man gleichwohl andere, die so leb-

ten, tolerieren bzw. „ertragen“. Allerdings begriffen einige Muslime das Toleranzgebot nicht und lehnten manche Lebensweisen nicht nur für sich persönlich ab, sondern sprächen auch Menschen, die ein solches Leben führen, ihre Würde ab.

Es gebe gerade im radikalen und auch im militanten muslimischen Milieu die Haltung: *Wir ekeln uns, wenn wir Schwule auf der Straße sehen. Sie sind dekadent, haben ihre moralischen Maßstäbe verloren.* Die muslimischen Organisationen und Verbände haben sich gemäß Mazyek in der Vergangenheit zu wenig gegen solche Haltungen ausgesprochen und nicht ausdrücklich betont, dass Verfolgung und Diskriminierung von Homosexuellen in keiner Weise islamisch zu rechtfertigen sind. Diesen Jugendlichen müsse deutlicher entgegengetreten und gesagt werden, dass die Existenz verschiedener Lebensentwürfe anzuerkennen ist. In der Vergangenheit wären mehr Aufklärung und eine deutlichere Brandmarkung von Diskriminierungen und Verfolgung von Homosexuellen notwendig gewesen. Dies sei in Teilen aufgearbeitet worden, es müsse aber noch mehr erfolgen. Die Imame versuchten darüber aufzuklären, dass es zwar auf der einen Seite Lebensweisen gebe, die nicht als muslimisch definiert und verstanden würden, auf der anderen Seite aber Lebensformen darstellten, denen mit Toleranz zu begegnen sei. Natürlich müssten Muslime nicht offen homosexuelle Lebensformen propagieren, das bedeute im Umkehrschluss aber nicht, dass sie Homosexuelle diskriminieren müssten. Mazyek unterstreicht, dass von den muslimischen Organisationen und Verbänden nicht erwartet werden könne, für eine andere Lebensweise und ein anderes Familienbild einzustehen als dasjenige, das im Grundgesetz verankert sei. Hierfür würden sie nicht öffentlich werben. Gleichwohl setze sich der Zentralrat der Muslime

aktiv für den Abbau von Diskriminierung ein. Mazyek warnt allerdings davor, allein die Bedeutung der Religion im Blick zu haben, da bei homosexuellenfeindlichen Einstellungen weitere Aspekte eine Rolle spielten: Macho-Gehabe, patriarchale Strukturen, Ausgrenzungserfahrungen, das Gefühl, Opfer zu sein und zurückschlagen zu müssen.

Die Möglichkeit, mit derselben Hermeneutik an den Koran heranzugehen wie an die Bibel (vgl. den Diskussionsbeitrag von Volker Faigle), sieht Mazyek nicht. Allerdings sei momentan eine Diskussion über die Sündhaftigkeit im Gange, die darauf hinauszulaufen scheine, dass Sünde letztlich eine Angelegenheit zwischen Gott und dem Individuum ist. Die Ahndung von Sünden sei demnach nicht Sache weltlicher Gerichte, sondern müsse in der Privatsphäre verortet werden. Ein Umschreiben des Korans und ein verändertes Denken über die dort als Sünde beschriebenen Taten seien allerdings nicht vorstellbar.

Ganz konkret bedeute dies, dass, wenn ein Mensch mit homosexuellen Neigungen zum Islam konvertieren wolle, ihm theologisch nicht entgegengehalten werden könne, dass Homosexualität im Widerspruch zum Islam stehe. Es könne ihm lediglich gesagt werden, dass der Islam diese Lebensweise ablehnt und nicht unterstützt. Aber dieser Widerspruch ist aus Sicht von Aiman Mazyek eine Angelegenheit, die jeder mit sich selbst und Gott austragen muss, und etwas, das ihm nicht von Dritten vorgeworfen werden kann. Es könne nicht gesagt werden: Ein Homosexueller, der den Islam annimmt, ist ein weniger guter Mensch bzw. ein weniger gläubiger Mensch. Die Einteilung von Menschen in mehr oder weniger Gläubige lehnt Mazyek vehement ab, weil dies letztlich in Inquisition und Religionspolizei münde.



Bodo Mende

Etwa 30 Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung sind laut Bodo Mende, Vorstand des Lesben- und Schwulenverbands Berlin-Brandenburg (LSVD), homophob. Homophobe Einstellungen hätten durchaus auch mit archaischen oder tradierten Männlichkeitsrollen auf der einen Seite und mit Religiosität auf der anderen Seite zu tun. Sie brächen sich zunehmend in bestimmten Situationen Bahn und drückten sich in Diskriminierungen, Beleidigungen und Ähnlichem aus.

Dieser Befund könne dem LSVD nicht gleichgültig sein. Auf der einen Seite sei er Hüter des Erreichten. Dies bedeute, dass der LSVD aktiv gegen rechtsradikale oder fundamentalistisch-religiöse Tendenzen in der Gesellschaft vorgehe, die das Erreichte rückgängig machen und Homosexuelle in der Öffentlichkeit nicht akzeptieren wollten. Der LSVD sei als Bürgerrechtsbewegung bei seinen eigentlichen Zielen noch nicht angekommen. Die Rechte von Homosexuellen müssten weiter verbessert werden, damit es überhaupt zu einer Gleichberechtigung kommen könne. Hierzu zählten das Adoptionsrecht, die schwule und lesbische Ehe, die Festschreibung des Verbots der Diskriminierung wegen sexueller Identität im Grundgesetz sowie die bessere Gestaltung des Lebens transidenter Personen.

Die Grundlage, auf der das Gemeinwesen existiert, sei die von allen zu akzeptierende freie Entfaltung der individuellen Persönlichkeit. Eine Gewalt-

verzichtserklärung von (religiösen) Gruppen, die Homosexualität ablehnten, bezeichnet Mende als einen Anfang. Allerdings sei es in unserer Gesellschaft selbstverständlich, sich nicht die Köpfe einschlagen zu dürfen.

Das eigentliche Problem bestehe darin, dass verschiedene Religionsgemeinschaften von Homosexuellen verlangten, zu akzeptieren, dass Homosexualität Sünde sei. Fakt sei: Eine Religion, die Homosexualität als Sünde betrachtet und entsprechende göttliche Sanktionen propagiert, kann kaum homophobe Einstellungen bekämpfen. Davon auszugehen, individuelle Freiheit existiere unabhängig und unbeeinflusst von Gesellschaft und Religion, ignoriere die propagandistische Wirkung auf Betroffene und das gesellschaftliche Umfeld. Wenn Jugendlichen gesagt werde, dass Homosexualität Sünde sei, werde sie implizit auch abgewertet und Homosexuelle würden für minderwertig gehalten. Wenn dieses Gedankengut dann dadurch gefördert werde, dass Schwule und Lesben keine gesellschaftlichen Randgruppen seien, werde die Situation prekär.

Mende weist in diesem Kontext auf problematische Bücher hin, die zum Teil in den Moscheen verbreitet werden. Er zitiert aus dem Buch von Yusuf Al-Qaradawi Erlaubtes und Verbotenes im Islam: „Die islamischen Rechtsgelehrten haben über die Strafe für dieses abscheuliche Tun verschiedene Meinungen. Soll es die gleiche Strafe wie für Hurerei sein oder sollten beide, der aktive und der passive Teil, getötet werden? Zwar erscheinen solche Strafen grausam, doch wurden sie empfohlen, um die Reinheit der islamischen Gesellschaft zu erhalten und sie von abartigen Elementen rein zu halten.“ Solche Ansichten und Äußerungen seien normal in den Lehrbüchern, die die Jugendlichen in den Moscheen zu lesen bekämen. Vor diesem Hintergrund sei es nicht verwunderlich, dass bestimmte Einstellungen und Ansichten nicht nur fortbeständen, sondern vielmehr sich weiter verbreiteten und erheblich Einfluss gewannen.

Vergleichbar abwertende Äußerungen könnten auch von den katholischen Pius-Brüdern zitiert werden, mit dem Unterschied jedoch, dass die Pius-Bruderschaft ein Randphänomen sei und keine Durchschlagskraft habe. Hingegen müsse leider zur Kenntnis genommen werden, dass im islamischen Mainstream die Verurteilung von Homosexualität gang und gäbe sei. Auch bei den Evangelikalen existierten homosexuellenfeindliche Einstellungen, diese repräsentierten aber nicht den evangelischen Mainstream. Wenn dies so wäre, müsste der LSVD sich noch viel mehr mit den Evangelikalen beschäftigen, als er dies ohnehin schon tue. So wie der LSVD die katholische Kirche für ihre frauen-, schwulen- und lesbenfeindliche Haltung kritisiere, werde der LSVD nicht davon ablassen, auch andere Religionsgemeinschaften zu kritisieren.

Tom Schreiber

Die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Homosexuellen vorzugehen, haben sich gemäß Tom Schreiber, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Vorsitzender des Verfassungsausschusses, in den letzten Jahren insbesondere durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sowie EU-Richtlinien deutlich verbessert. Dennoch komme es immer noch vor, dass Menschen aufgrund ihrer Sexualität gekündigt wird, sie bei Beförderungen Schwierigkeiten haben und in gewissen Bereichen, wie bei der Bundeswehr, als Sicherheitsrisiko eingestuft werden. Um solche Diskriminierung zu verhindern, seien nicht weitere Gesetze notwendig. Zum einen böten die bestehenden schon ein hinreichendes Instrumentarium, das aber auch angewandt werden müsse. Zum anderen müsse der Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung als eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe verstanden werden, und zwar dahingehend, dass auch Heterosexuelle sich dafür einsetzen, dass Menschen nicht aufgrund ihrer sexuellen Identität

benachteiligt werden, und dafür auf die Straße gehen bzw. entsprechende Zivilcourage zeigen.

Tom Schreiber weist darauf hin, wie wichtig es sei, diese Thematik direkt an der Basis anzugehen. Am Anfang stehe jedoch das Eingeständnis, dass es Probleme gebe, die angegangen werden müssen. Allerdings reiche es nicht aus, darüber zu reden, entscheidend sei das Handeln. Es müsse genau überlegt werden, wie man im Bildungswesen mit diesem Thema umgeht. Homosexualität und sexuelle Diskriminierung gehörten als Thema nicht nur in die Schule, sondern müssten auch im Pädagogikstudium eine Rolle spielen, um eine frühe und konkrete Auseinandersetzung zu gewährleisten.

Weitere Öffnung müsste zur Selbstverständlichkeit werden. Das Land Berlin habe in diesem Bereich beachtliche Initiativen auf den Weg gebracht. Wenn die geplanten Projekte umgesetzt würden, wovon auszugehen sei, werde dies ein Meilenstein sein. Insgesamt müsse man mutiger sein und auch Schritte wagen, die jetzt noch schwierig erscheinen, aber de facto die Lebenswirklichkeit einholen, wie beispielsweise bei der Adoption.

Die Politik habe begriffen, dass der jetzige Zustand nicht tolerabel sei und Impulse in die Gesellschaft hinein gegeben werden müssten. Die Religionsgemeinschaften und ihre Vertreter fordere Tom Schreiber auf, sich mehr zu öffnen und zu schauen, welche Potentiale in dieser Gesellschaft vorhanden und was möglich sei.



Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm der SPD – Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Globalisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland – Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
Perspektiven eines modernen Religionsgemeinschaftsrechts
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Jung, politisch, sucht – Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Die Würde des Menschen ist unantastbar – Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“
Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“
Zwei unterschiedliche Begriffe – ein Phänomen der Diskriminierung?
- Nr. 28 Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung
- Nr. 29 Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert
- Nr. 30 Migration – Religion – Integration
- Nr. 31 Kapitalismus 2.0: Irgendwie anders – irgendwie besser
- Nr. 32 Was ist gerechte Politik?
- Nr. 33 Populismus.
Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 34 Determinanten von Radikalisierung in muslimischen Milieus aus deutsch-britischer Perspektive

